

Der neue Tag

OBERPFÄLZISCHER KURIER

Nummer 124

Samstag, 29. / Sonntag, 30. / Montag, 31. Mai 2004

Einzelpreis 1,30 EUR



„Stars and Stripes“ für US-Helden

Arlington. Marines verteilen kleine Fahnen auf dem US-Nationalfriedhof in Arlington, einem Vorort von Washington. Jeder Grabstein wird mit den „Stars and Stripes“ geschmückt. In Arlington sind bedeutende Staatsmänner der USA, Wissenschaftler und Soldaten begraben. Am Pfingstmontag, dem „Memorial Day“ gedenken die Amerikaner ihrer gefallenen Helden. Bild: dpa

Lkw-Lawine in Waidhaus

Waidhaus. (ms) Nach der EU-Osterweiterung am 1. Mai hat der Brummiverkehr am Grenzübergang Autobahn in Waidhaus explosionsartig zugenommen. Erstmals seit Bestehen 1997 wurde am Freitag die 100 00er-Marke in einem Monat überschritten.

Die Grenzpolizei geht davon aus, dass sich der Lkw-Verkehr jährlich auf knapp 1,3 Millionen Fahrzeuge ependeln wird. Das bedeutet ein Plus von rund 73 Prozent. Nach Fertigstellung der A 6 im Jahr 2008 werden wohl auch diese Zahlen noch einmal drastisch ansteigen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr passierten rund 750 000 Lkw den Schlagbaum.

Die Polizei führt dies darauf zurück, dass nach Wegfall der Zollkontrollen die kilometerlangen Lkw-Staus der Vergangenheit angehören. Zum Teil deutlich rückläufig ist nach Angaben aus Waidhaus der Schwerverkehr in Furth im Wald und Schirmding.

SPD: USA spielen im Irak Bin Laden in die Hände

CDU-Politiker Schäuble fordert Unterstützung durch Europa

Berlin. (dpa) Die gescheiterte US-Politik im Irak hat nach Auffassung der SPD dem Terroristenführer Osama bin Laden in die Hände gespielt.

Die Strategie des Terrorkopfes, einen Graben zwischen islamischer und westlicher Welt zu schaffen, sei aufgegangen, sagte der SPD-Außenpolitiker Gernot Erler am Freitag im Bundestag. Dabei hätten Bin Laden vor allem auch die Bilder von Folterungen und Misshandlungen irakischer Bürger durch US-Soldaten geholfen, betonte Erler. Die westliche Welt werde hierfür „in unfreiwillige Mithaftung“

genommen. Daher habe man das Recht zu fragen, ob die Folterungen ein angeordnetes Vorgehen seien oder ein Vergehen Einzelner.

Der CDU-Außenpolitiker Friedbert Pflüger sprach von einer „katastrophalen Wirkung“ der Bilder, unter denen alle Werte, für die der Westen stehe, gelitten hätten: Demokratie und Menschenrechte. Redner aller Fraktionen sprachen sich in der Debatte über neue Konzepte zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens für eine umfassende Aufklärung aus.

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) lehnte es erneut ab, deutsche Soldaten im Rahmen der Nato oder der

Vereinten Nationen in den Irak zu senden. Westliche Truppen würden dort – „egal unter welchen Bedingungen“ – immer als Besatzer gesehen. Der CDU-Außenpolitiker Wolfgang Schäuble warnte, ein übereilter Rückzug der USA aus dem Irak würde zu einer neuen Katastrophe führen.

Die Frage sei vielmehr, was die Europäer zur Lösung beitragen könnten, sagte Schäuble. Deutschland könne jedenfalls nicht multilaterale Entscheidungen fordern und gleichzeitig eine eigene Beteiligung ablehnen. Die Ziele im Irak könnten nur erreicht werden, wenn Europa an der Seite der USA agiere. (Seite 2)

Müntefering rüffelt Minister

SPD-Chef rügt Durcheinander im rot-grünen Kabinett

Berlin. (dpa) Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat Disziplinlosigkeit und Durcheinander im rot-grünen Kabinett beklagt. Zugleich mahnte er in einem „Spiegel“-Interview mit Blick auf das angespannte Verhältnis seiner Partei zu den Gewerkschaften, diese seien auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen.

Nach einem Bericht der „Welt“ wollen sich alle DGB-Gewerkschaften den Protestaktionen der IG Metall gegen die Sozialreformen der Regierung anschließen. Müntefering sagte dem „Spiegel“ zu unkoordinierten Vor-

schlägen von Bundesministern, „dass Disziplin eben keine Sekundärtugend, sondern eine elementare politische Voraussetzung für Erfolg ist“. „Wir waren vor ungefähr vier Wochen schon einmal weiter.“ Inhalte seien wichtig, „aber wenn das plötzlich durcheinander geht und die Stimmung verdriht, reagieren die Menschen allergisch“.

Zum Unmut bei den Gewerkschaften erklärte Müntefering, diese könnten „die Interessen der Arbeitnehmer ohne die Unterstützung der Sozialdemokraten nicht wirklich wahrnehmen“. (Kommentar)

Kaplan verbirgt sich in Köln

Anwältin beantragt Duldung für den Extremisten

Köln. (dpa) Der seit Tagen spurlos verschwundene Islamistenführer Metin Kaplan ist nach Darstellung seiner Anwältin immer noch in Köln und will sich am Dienstag bei der Polizei melden. Der selbst ernannte „Kalif von Köln“ ließ dort am Freitag per Fax seine weitere Duldung beantragen. Die Debatte über die Verantwortung für die Fahndungspanne im Fall Kaplan vom Mittwoch ging unterdessen weiter. Die Grünen sprachen von einem Desaster für die Sicherheitsbehörden.

Das Ausländeramt in Köln lud den 51-Jährigen für Dienstag vor. Am sel-

ben Tag muss sich der Extremist auch bei der Polizei melden. Nach Angaben von Kaplans Anwältin Ingeborg Naumann hält sich der Islamist weiter in Köln auf. Der nach ihrer Darstellung schwer kranke Kaplan werde sich bei der Polizei „persönlich melden oder ein ärztliches Attest vorlegen“.

Den Auflagen zufolge darf er die Stadt nicht verlassen und muss sich regelmäßig bei der Polizei in Köln-Chorweiler melden. Die Stadt habe Kaplan vorgeladen, sagte Sprecherin Inge Schürmann. Danach werde über seinen Duldungsantrag entschieden.

Sie lesen heute

Themen des Tages

Straßenbauämter vor der Fusion?

Der neue Chef des Straßenbauamtes in Weiden, Hermann Glaser, leitet auch weiterhin seine bisherige Dienststelle, das Amt in Sulzbach-Rosenberg. Für Regierungspräsident Wilhelm Weidinger der Vorbote einer Fusion. (Seite 3)

Sport

Junioren starten mit Sieg in die EM

Die deutschen U-21-Junioren sind erfolgreich in die Europa-meisterschaft im eigenen Land gestartet. Die Elf von Trainer Ulli Stielike gewann am Freitag in Mainz ihr Auftaktspiel gegen die Schweiz in der Vorrundengruppe B 2:1. (Seite 9)

Weltgeschehen

Kinder halten Steffi Graf in Schwung



Steffi Graf. Bild: dpa

Auf Trab halten Steffi Graf nicht mehr die Tenniskonkurrenten, sondern ihre beiden Kindern. Im Interview erzählt sie von sich und ihrer Familie. (Seite 39)

Zum Wochenende

Der ewige Verlierer Donald Duck

Donald Duck feiert seinen 70. Geburtstag. Am 9. Juni 1934 war er ewige Verlierer zum ersten Mal in einem Film zu sehen.

Das Wetter



Sonnig und trocken. 18 bis 22 Grad. (Seite 38)

Service

So erreichen Sie uns:
Der neue Tag
Druck- und Verlagshaus GmbH
Weigelstraße 16
92637 Weiden
www.oberpfalznetz.de

Abo-Service: Tel. (0961) 85-206
Redaktion: Tel. (0961) 85-261
Anzeigen: Tel. (0961) 85-218
E-Mail: info@zeitung.org

Genossen rappeln sich wieder auf

Sozialdemokraten legen bei politischer Stimmung zu – Union ungeschlagen vorn

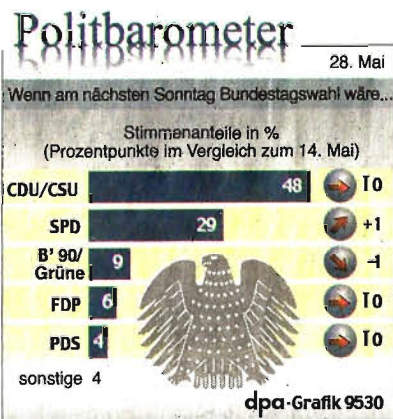
Mainz. Nach monatelangem Tief hat sich die politische Stimmung für die SPD deutlich verbessert. Nach dem am Freitag veröffentlichten ZDF-Politbarometer stieg der Wert für die Sozialdemokraten um sechs Punkte auf 27 Prozent. Die CDU/CSU musste eine Einbuße von drei Prozentpunkten hinnehmen, erreicht aber immer noch 50 Prozent. Die Grünen verschlechterten sich um einen Punkt auf zehn Prozent. FDP und PDS blieben unverändert bei sechs beziehungsweise vier Prozent.

Bei der Sonntagsfrage verbesserte sich die SPD zwar ebenfalls, aber nur leicht um einen Punkt auf 29 Prozent.

Die CDU/CSU kam unverändert auf 48 Prozent. Die Grünen würden neun Prozent der Stimmen erhalten (minus ein Punkt), die FDP sechs Prozent (unverändert) und die PDS vier Prozent.

Anders als führende Politiker von Union und FDP sieht die Mehrheit der Bundesbürger in der Wahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten kein Signal für einen Regierungswechsel. Nur 33 Prozent sehen darin einen ersten Schritt zu einem Machtwechsel.

Auch für 53 Prozent der Unionsanhänger deutet sich durch die Wahl des Oppositionskandidaten kein Ende der rot-grünen Regierungskoalition an.



AOK erwägt Beitragssenkung

Bonn. (AFP) Die AOK stellt für ihre Mitglieder eine Beitragssenkung noch in diesem Jahr oder zur Jahreswende in Aussicht. Ein genauer Termin stehe noch nicht fest, teilte der AOK-Bundesverband am Freitag in Bonn mit.

Die Entscheidung solle fallen, sobald die Zahlen für das zweite Quartal 2004 vorlägen. Versicherte der AOK zahlen im Bundesdurchschnitt einen Beitragssatz von 14,38 Prozent. In Bayern liegt der Satz bei 14,5 Prozent. Hintergrund der beabsichtigten Senkung ist das positive Ergebnis der AOK im ersten Quartal: Die Kasse erwirtschaftete nach eigenen Angaben einen Überschuss von 370 Millionen Euro.

